

Die Beauftragte des Landes Brandenburg
Zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen
Diktatur
Hegelallee 3
14467 Potsdam

Gesch-Z.:

(von LAKD auszufüllen)

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Haushaltsjahr:

1. Antragsteller

Name/ Bezeichnung:

Anschrift des Antragstellers:
(Straße, PLZ, Ort, Landkreis/kreisfreie Stadt)

Auskunft erteilt:

Telefon:

e-Mail:

Bankverbindung:

Kontoinhaber:

IBAN-Nr.:

BIC-Nr.:

2. Maßnahme

Bezeichnung des Projektes:

Maßnahmezeitraum

vom:

bis:

3. Gesamtkosten (in €):

3.1. beantragte Zuwendung (in €):

4. Finanzierungsplan		
4.1.	Gesamtkosten (wie Nr. 3.)	€
4.2.	Eigenmittel	€
4.3.	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	€
4.4.	beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5.) bei/durch	€
4.5.	Beantragte Zuwendung (wie Nr. 3.1.)	€

5. Ausgabengliederung		
Kostenposition		in €
1.		
2.		
3.		
...		
	Summe (wie Nr. 4.1.)	

6. Begründung

Ausführliche Projektbeschreibung, Konzeption (kann auch als gesonderte Anlage beigefügt werden)

6.1. Zur Notwendigkeit der Maßnahme (Ziel, Zielgruppe, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, Nutzen) und zur Begründung einzelner Kostenpositionen

6.2. Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.)

8. Anlagen

- Konzeption
- Satzung, Gesellschaftsvertrag
- Auszug aus dem Vereinsregister, Verzeichnis der Vertretungsberechtigten, Nachweis der Vollmacht nach § 30 BGB
- Freistellungsbescheid des Finanzamtes
- Stellungnahme von ...
- weitere Anlagen (bitte einzeln auflühren)

9. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- 9.1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
- 9.2. er im Rahmen dieser Maßnahme zum Vorsteuerabzug
() nicht berechtigt ist
() berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3.) berücksichtigt hat
(Preise ohne Umsatzsteuer)
- 9.3. die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
- 9.4. unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist,
- 9.5. kein gleichlautender Zuwendungsantrag bei einer anderen Landesbehörde oder Stelle gestellt wurde. Sofern Förderanträge für dasselbe Vorhaben an andere öffentliche Stellen gerichtet wurden, sind diese unter Nr. 4.4. entsprechend aufzuführen.
- 9.6. ihm bekannt ist, dass er ohne Angabe von Gründen und ohne Rechtsnachteile von der unter Nr. 9.7. aufgeführten Einverständniserklärung absehen bzw. die Einwilligung jederzeit widerrufen kann.
- 9.7. er mit der Veröffentlichung von Daten über die Höhe der Zuwendung, den Zweck der Förderung und das Förderprogramm einverstanden ist:

() Ja

() Nein

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschriften der nach den gesetzlichen Bestimmungen /Statuten des Antragstellers zur Vertretung berechtigten Personen)

.....
Bitte Unterschrift(en) in Druckschrift wiederholen